
Stichwort: Arbeitslosigkeit

„Das Ende vom Lied wird sein, daß die Arbeitslosen
ohne jede Anbindung an diesen Staat sein werden“

Gespräch mit Manfred Bloch

Manfred Bloch ist gelernter Schriftsetzer und seit über einem Jahr arbeitslos. Er arbeitet seit Anfang dieses Jahres in der DGB-Arbeitslosen-Initiative in Köln aktiv mit. Das Gespräch mit ihm führte die Redaktion am 17. Mai 1983 in Köln.

Frage: Würdest Du uns bitte etwas zu Deinen Lebensdaten und zu Deinem beruflichen Werdegang sagen?

Antwort: Ich bin 1937 geboren. Während des Krieges hatte ich einen schwierigen Schulanfang. Ich habe die Hauptschule besucht und danach eine Schriftsetzerlehre begonnen, obwohl ich eigentlich lieber Werkzeugmacher werden wollte. Aber eine Eignung für diesen Beruf war nicht festzustellen. Von der Arbeit eines Schriftsetzers wußte ich überhaupt nichts. Dennoch war er mir nach erstem Kennenlernen des Betriebs, in dem ich anfangen sollte, gar nicht so unsympathisch.

Von 1952 bis 1955 habe ich also eine Schriftsetzerlehre gemacht. Anschließend habe ich in zwei weiteren Betrieben in Köln und danach in Frankfurt gearbeitet. Dann wurde ich zur Bundeswehr eingezogen; ich gehörte dem Jahrgang an, der als erster an der Reihe war. Ich ging mit großem Widerwillen, aber mir fehlte auch die innere Reife, um den Wehrdienst zu verweigern. Nach der Bun-

deswehr-Zeit habe ich wiederum in Köln als Schriftsetzer gearbeitet. Damals war ich noch nicht organisiert und hatte mit den Kollegen entsprechend viele Differenzen. Ich war der Meinung, daß Gewerkschaft etwas mit „Bonzokratie“ zu tun hat. Ich war bereit, einen Beitrag in Höhe des Gewerkschaftsbeitrags dem Roten Kreuz zu überweisen - es ging nicht darum, daß mir die Gewerkschaftsmitgliedschaft zu teuer gewesen wäre. Ich hatte damals ganz allgemein Vorbehalte gegen die gewerkschaftliche Organisation.

Woher rührten diese Vorbehalte?

In dem Betrieb, in dem ich gelernt habe, war gewerkschaftliche Organisation tabu. Und in meinem Elternhaus galten Gewerkschaften als „links“, als „kommunistisch“. Das habe ich noch über die Bundeswehrzeit hinaus verinnerlicht. Ich galt in jenen Jahren als ein - wenigstens in den Ansätzen - Rechter. Ich hatte Verhaltensweisen aus der Bundeswehrzeit übernommen - eben zackig.

Ich habe dann bald erneut - aufgrund von Differenzen mit meinen Eltern, wie sie wohl viele junge Leute haben - das Elternhaus verlassen und in verschiedenen Städten in meinem Beruf gearbeitet, in München, in Hamburg und in Offenbach. Ich habe mich in dieser Zeit beruflich weitergebildet. Allerdings entwickelten sich die sozialen Kontakte in den fremden Städten für mich nicht günstig. Ich kehrte 1968 nach Köln zurück, richtete mir im elterlichen Haus eine kleine Wohnung ein und bekam auch Arbeit in meinem Beruf. Im letzten Betrieb war ich vierzehn Jahre als Schriftsetzer beschäftigt. Seit 1978/79 wurde auch in diesem Betrieb allmählich Personal „abgebaut“: von zunächst 100 Arbeitnehmern auf zuletzt 25 Beschäftigte. Die Firma ist 1982 in Konkurs gegangen. Man konnte sozusagen sehen, was sich entwickelte.

In diesem Zusammenhang bist Du arbeitslos geworden?

Als ich in den Betrieb eintrat, gab es einen Eigentümer und einen Pächter. Zwischen beiden kam es im Laufe der Zeit zu Auseinandersetzungen um Investitionen, Mietzahlungen usw. Über diesen Hick-Hack ging dem Betrieb die Luft aus, zumal dem Pächter mehr an einem jungen, aufstrebenden Verlag gelegen war. Der Betriebsrat mahnte, daß der Pächter mit seinem Betrieb auch eine gesellschaftliche Aufgabe hätte und der Betriebsrat erkundigte sich beim Pächter auch danach, wo denn das eingenommene Geld bleibe. Aber der Chef antwortete nur: „Ich frage Sie auch nicht, wo Sie Ihren Lohn lassen. In dem Moment, wo der Gewinn bei mir eingeht, mache ich damit, was ich will.“

Der Betriebsrat hat also intensiv nachgefragt und ist selbst tätig geworden?

Ja, der Betriebsrat hat seit 1978 immer wieder gedrängt. Er hat in Betriebsversammlungen auf den Zustand des Betriebes hingewiesen und immer wieder Vorschläge gemacht, obwohl das gar nicht in seiner Zuständigkeit lag. Er hat z. B. genau aufgezeigt, daß ein Fahrzeug mit Funk gebraucht wird, ein qualifizierter Mitarbeiter für den Außendienst, eine angemessene Organisation im Betrieb, daß nicht Abteilung gegen Abteilung „kämpft“.

Wie war der gewerkschaftliche Organisationsgrad in diesem Betrieb?

Er lag zwischen 30 und 50 Prozent; der Satzbereich war besser organisiert als die Druckerei. Zuletzt war der Organisationsgrad sehr hoch, weil fast nur noch Organisierte da waren. Die Angestellten waren allerdings nicht organisiert.

Gab es einen Sozialplan als der Betrieb geschlossen wurde?

Die Forderungen nach einem Sozialplan liegen beim Konkursverwalter. Er hat allerdings schon daraufhingewiesen, daß er den Konkurs voraussichtlich mangels Masse nicht abschließen kann. Von daher ist auch kaum ein Sozialplan zu erwarten.

War es ein Managementfehler, der zu diesem Konkurs geführt hat?

Sicherlich war es in erster Linie ein Managementfehler. Aber natürlich haben auch die neuen Techniken dem Betrieb zu schaffen gemacht. Mittelbetriebe im Satzbereich sind meist Zulieferer für Graphiker und Verlage. Mit der Einführung des Fotosatzes gingen dem Betrieb Aufträge aus diesem Bereich verloren. So entfielen z. B. die Überschriftenzeilen für Werbeagenturen. Das war aber ein finanziell interessanter Bereich gewesen. Da der Betrieb für große Mengen von Text nicht hinreichend ausgerüstet war, blieb nur der schmale Bereich der Werbetexte. Die Betriebsleitung versuchte die Krise dadurch zu bewältigen, daß sie den Beschäftigten mehr Leistung abverlangte: längere Arbeitszeiten, Flexibilität des Arbeitseinsatzes usw. Der Chef sah darin „Serviceleistungen“. Zu einem tatsächlich wirksamen Service, der z. B. bei den Wünschen der Kunden ansetzte, war er dagegen nicht bereit. Für ihn lautete das Gebot der Stunde: Zusatzleistungen der Arbeitnehmer. Der Betriebsrat hat versucht, das einzugrenzen, indem er die Kollegen, die Bereitschaft dazu zeigten, fragte, ob sie denn den Eindruck hätten, daß solche Maßnahmen tatsächlich zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes beitragen könnten.

Wie hat sich denn im einzelnen diese schleichende Entwicklung auf die Beschäftigten ausgewirkt?

Irgendwie haben wohl alle mit einem bösen Ende gerechnet. Andererseits waren wir immer wieder erstaunt, wenn es hieß, der Betrieb habe wieder Gewinn gemacht. Wir wußten dabei natürlich nicht, daß es gar keine Betriebsabrechnungen gab, daß der Chef im Grunde selbst nicht wußte, woran er war. Einzig entscheidend für ihn war, daß er keinen Kredit aufnehmen mußte. Das war für ihn wohl der Beleg dafür, daß es der Firma gutging. Erst als ein neuer Steuerberater hinzugezogen wurde, kam einiges ans Licht. Der meinte gleich, eigentlich müsse er sofort zum Konkursrichter. Die Krankenkasse, die keine Versicherungsgelder mehr bekam, stellte den Antrag auf Konkurs, der mit dem Versprechen zurückgestellt wurde, den Betrieb zu sanieren. Damit waren weitere Entlassungen gemeint. Es sollten etwa 15 Kollegen entlassen werden. Der Betriebsrat erreichte, daß nur fünf entlassen wurden. Für mich ist das ein ungutes Kapitel: daß jeder Betriebsrat sich rühmt, dafür gesorgt zu haben, daß weniger Leute entlassen wurden als vorgesehen. Letztendlich ist doch jede Entlassung zuviel. Es käme vielmehr darauf an, rechtzeitig vorher eine andere Politik im Betrieb zu machen.

Aber wie sollte eine solche Politik denn für die Betriebsräte aussehen?

Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß der Betriebsrat vom Gesetz her nur wenig Möglichkeiten hat, so etwas zu verhindern. Es gibt ja nur zwei Auswahlkriterien, mit denen man Entlassungen verhindern kann: Zum einen, wenn der Betriebsrat nachweisen kann, daß eine Kündigung, die aus persönlichen Gründen erfolgte, auf falschen Tatsachenbehauptungen beruht; zum anderen geht es um die soziale Auswahl. Wenn also ein Jüngerer Arbeit behalten soll, weil er eine bessere Fachkraft ist und ein Älterer entlassen wird, der zudem noch Kinder hat, so kann der Betriebsrat seine Zustimmung verweigern, weil soziale Gesichtspunkte mißachtet sind. Das geschieht in der Praxis zu selten. Generell kann man sagen, daß das Betriebsverfassungsgesetz hier nicht umfassend greift. Es wird selbst das, was nach dem Gesetz möglich ist, oftmals nicht genutzt. Es ist eben zweierlei: das mit Rechten bedruckte Papier und das Argument des Arbeitgebers, daß der Betrieb und damit die Arbeitsplätze gefährdet seien, wenn der Betriebsrat sich diesem oder jenem Vorhaben widersetze.

In unserem konkreten Fall wurde dem Betriebsrat vorgeworfen, er wolle sich mit seiner Arbeit nur profilieren und suche andere, mit denen er sein Süppchen kochen könne. Oft genug wird der Betriebsrat nach dem Motto eingespannt: Wir sitzen alle in einem Boot - das der Chef befiehlt.

Bei uns kam der Eigentümer des öfteren in den Betrieb, um mit einzelnen Kollegen zu sprechen und ihnen klar zu machen, daß sie auf den Betriebsrat Einfluß nehmen sollten: es sei nicht in ihrem Interesse, was der Betriebsrat beab-

sichtige und fordere. Andererseits kam er hin und wieder zum Betriebsrat und sagte: „Meine Herren, Sie sind doch vernünftige Leute. Sie müssen jetzt mal diese oder jene Maßnahmen vorschlagen, weil die Kollegen die Argumente von ihnen eher annehmen, als wenn ich das sage.“

Ist es denn nicht verständlich, daß jeder zunächst an den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes denkt und deshalb womöglich gleichgültig bis einverstanden ist, wenn andere entlassen werden? Sind solche Positionen vom Betriebsrat auch tatsächlich zu mehr Solidarität hin zu beeinflussen?

Ich habe mir damals während der Konflikte eine regelrechte Zeichnung angefertigt, um zu erkennen, welche Positionen die Gruppen einnahmen: Arbeiter, Angestellte, Abteilungsleiter, Geschäftsführung. Die einen behaupteten, der Druckbereich sei schuld daran, daß es dem Betrieb insgesamt so schlecht gehe. Dort würden falsche Preise gemacht. Der Chef dagegen, dem der Druckbereich wegen des Verlages wichtig war, hat die Schuld ausschließlich dem Satzbereich zugeschrieben. Die Kollegen haben sich, je nach Betroffenheit, auf die eine oder andere Seite gestellt. Damit ergab sich eine gewisse Spaltung. Hier wäre sicherlich eine Aufgabe für den Betriebsrat gewesen. Aber auch er war gespalten. Der Betriebsratsvorsitzende kam aus dem Druckbereich - er hatte in dem Betrieb gelernt, war schon 25 Jahre dort beschäftigt, fühlte sich politisch stark und traf sich auch privat mit dem Eigentümer. Auf der anderen Seite stand u. a. ich als einer der Betriebsräte aus dem Satzbereich. Ich habe mich bemüht, im Laufe der Zeit eine vermittelnde Rolle einzunehmen. Das führte auch dazu, daß Kollegen sich die Sache einmal gründlich überlegt und die Gesamtentwicklung stärker beachtet haben, statt ausschließlich ihr Einzelschicksal zu sehen. Aber obwohl uns allen klar war, daß irgendwann einmal Schluß sein würde mit dem Betrieb, sind nur drei oder vier Leute in dieser Zeit abgesprungen. Alle anderen haben gewartet und haben sich gedacht: Vielleicht geht es doch irgendwie weiter. Die Hoffnung war sozusagen immer da.

Du müßtest noch erklären, wie sich im Laufe der Zeit Dein Verhältnis zur Gewerkschaft verändert hat.

Ende der sechziger Jahre war ich hier in Köln Mitglied des Republikanischen Clubs geworden, auch aus persönlichen Gründen. Ich hoffte, dort politisch bewußte Leute zu finden, vielleicht auch eine Partnerin, die ähnlich dachte wie ich und von der ich mich auch in äußeren Dingen akzeptiert fühlte. Ich habe dann in dem Arbeitskreis „Betrieb und Gewerkschaften“ mitgemacht. Dort traf ich auch Kollegen von der IG Druck und Papier. Ich war zu dem Zeitpunkt bei einer Firma zum Betriebsrat gewählt worden - ohne aber das Betriebsverfassungsgesetz überhaupt zu kennen. Als ich in den Republikanischen Club

eintrat, lag die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes an, das ja 1972 verabschiedet wurde. Über Möglichkeiten zur Novellierung haben wir intensiv diskutiert. Die erfahrenen Kollegen von der IG Druck und Papier haben mich in sehr langen Gesprächen davon überzeugt, daß es einfach unabdingbar ist, Mitglied der Gewerkschaft zu sein. Ich habe mir das zu eigen gemacht und gesagt: Wenn ich in die Organisation gehe, dann allerdings nur unter der Voraussetzung, daß ich auch aktiv arbeiten kann.

Du warst also zum Betriebsratsmitglied gewählt worden, ohne Gewerkschaftsmitglied zu sein?

Ich war weder Mitglied der IG Druck und Papier noch hatte ich Kenntnisse vom Betriebsverfassungsgesetz. Wir stellten damals schlichte Forderungen, so z. B. nach Blumen auf dem Klopapier. Das zeigt, welches Verständnis von „Betriebsrat“ in diesem Betrieb herrschte. Ich habe dann auch den Betrieb verlassen, ich war damals immer noch ein wenig auf dem Trip: ein halbes Jahr arbeiten, ein Vierteljahr etwas in der Landwirtschaft tun. Zu der Zeit konnte ich mir das leisten, die Firmen haben mich wieder genommen, obwohl ich kein zahmer Mann war. Ich habe immer gesagt, was ich dachte. Ich selbst habe über die Jahre ein gewisses Einzelkämpfertum entwickelt und praktiziert, und eigentlich habe ich gute Erfahrungen damit gemacht. Ich war der Meinung, daß man, wenn man nur wolle, alles erreichen könne. Mir hat auch kaum jemand einen Stein in den Weg gelegt. Ich führte das auf meine fachliche Qualifikation zurück.

Wann kam denn der Bruch mit diesem Bewußtsein?

Meine politische Wandlung begann schon relativ früh. Insbesondere bei den Diskussionen im Republikanischen Club bekam ich manchmal lange Ohren und sah vieles von dem ein, was dort erarbeitet wurde. Sicher waren die Vorstellungen verschwommen, aber für mich hat das Wort „Sozialismus“ nicht so abschreckend gewirkt. Es ist ja auch in dem Begriff „Nationalsozialismus“ enthalten, und ich war ja in einem Elternhaus groß geworden, das sich als „nationalsozialistisch“ verstand.

Mit der Zeit stellte ich mir mehr inhaltliche Fragen: Was ist Gesellschaft, und wie könnte sie aussehen? Wie setzt sich Gesellschaft zusammen, und wer hat welche Funktionen in der Gesellschaft? Auch über ganz konkrete Fragen entwickelten sich meine politischen Einstellungen. Wenn ich einen Unternehmer erlebe, dann höre ich von ihm oft etwas über Humanität, über die gesellschaftliche Verpflichtung, die er hat. Wenn ich das dann durchleuchte, dann stelle ich fest, daß für ihn tatsächlich die Gewinnfrage obenan steht, und daß alle be-

trieblichen Maßnahmen mit der Gewinnsituation zu erklären sind. Humanität hört da auf, wo es der Gewinn nicht mehr zuläßt. Das Wort Humanität wird mißbraucht. In Wirklichkeit ist davon kaum etwas vorhanden. Die Arbeitsplätze selbst sind meist nicht human gestaltet. So wurden in einem Betrieb, in dem ich war, Regale übereinander gestapelt, um Raum zu gewinnen. Arbeitsmaterialien lagen dann in drei Meter Höhe. Holt man dann die Berufsgenossenschaft ins Haus, wird man persönlich angegriffen, weil der Chef stolz ist, daß in seinem Leben, in seinem Betrieb noch nie eine Berufsgenossenschaft gewesen ist. Die Arbeitsplatzgestaltung selbst ist in den Betrieben, die ich kenne, nie unter humanen Gesichtspunkten gemacht worden. Es gab regelrecht Dreckecken ohne Abluft, obwohl dort mit Säuren für Fotochemie gearbeitet wurde. Es bedurfte sehr großer Anstrengungen, um z. B. in den wichtigsten Räumen Absaugegeräte zu bekommen.

Gerade in dem Bereich, in dem Du gearbeitet hast, ist in der letzten Zeit sehr stark rationalisiert und modernisiert worden. Kannst Du aus Deiner Erfahrung sagen, welche Konsequenzen das für Deinen Beruf, für Deinen Arbeitszusammenhang nach sich zieht?

Wir hatten in unserem Betrieb zu der neuen Technik unmittelbar nur Kontakt, als Fotosatz-Geräte installiert wurden. Diese wurden immer komplizierter, aber auch leistungsfähiger. „Unser“ Betrieb war insofern von der Rationalisierung im gesamten Druckbereich betroffen, als Kundschaft wegblieb, die sich in Betrieben zuwandte, die besser ausgerüstet waren, und die auf Kosten der dort arbeitenden Kollegen auch samstags und sonntags arbeiteten. Aber über meine gewerkschaftliche Arbeit habe ich schon früh mitbekommen, welche Entwicklungen sich z. B. in Amerika abzeichneten. Auch die Fachpresse berichtete über diese Dinge. Ich habe dann versucht, herauszubekommen, ob und wo auch bei uns etwas schon eingesetzt wird. Ich habe den Kollegen gesagt, daß das mit Sicherheit auf uns zukomme, daß auch hier weiter rationalisiert werde. Als dann die ersten Großgeräte aufgestellt und eingesetzt wurden, haben die Kollegen das kaum zur Kenntnis genommen. Sie waren sich nach wie vor sicher: Ohne Blei geht nichts. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Landschaft grundlegend verändert. Selbst in Mittelbetrieben wurden Großgeräte für Mengensatz installiert. Damit hätte man schon in den siebziger Jahren ganz Westeuropa von der Kapazität her abdecken können. Da allerdings die großen Zeitungen, weil es noch keine entsprechenden Satzprogramme gab, einstweilen noch in Blei arbeiteten, sah man zunächst auch innerhalb der Gewerkschaften noch keine großen Gefährdungen. Aber dann kam es Schlag auf Schlag.

Innerhalb kurzer Zeit wurde allgemein auf Fotosatz umgestellt. Dabei wurden die Betriebsräte zum Teil so in die Rationalisierungsbestrebungen einge-

spannt, daß sie sich letztendlich mit der neuen Technik identifizierten. Skeptische Betriebsräte wurden als Spinner betrachtet, als Traumtänzer, die eine Politik gegen den Fortschritt wollten, der doch nicht zu verhindern sei.

Vor diesem Hintergrund haben wir versucht, eine Position auch in der Gewerkschaft aufzubauen mit dem Tenor: Neue Technik - ja, aber ohne Verlust von Arbeitsplätzen. Wenn die Unternehmer neue Technik haben wollen, dann sollen sie dafür sorgen, daß mit der gleichen Zahl von Beschäftigten weiterproduziert werden kann. Sie sollen das, was sie an Zuwachs haben, den Kollegen zugutekommen lassen. Die gestiegene Arbeitsproduktivität soll also an die Beschäftigten weitergegeben werden, z.B. durch Freizeitausgleich. Wir sind damit zunächst gar nicht auf Gegenliebe gestoßen. Mein Engagement hatte zur Folge, daß ich aus dem Ortsvorstand der IG Druck und Papier weggepusht wurde und gegen mich allerhand, auch schwerwiegende, Vorwürfe erhoben wurden. Was mich außerordentlich betroffen gemacht hat, war, daß bei dieser Diskussion viele Kollegen den eigentlichen Kontrahenten aus den Augen verloren hatten. Inzwischen haben wir die neue Technik auf breiter Front. Angeblich haben wir durch sie keine Verluste gehabt. Dennoch sind inzwischen in Köln über 600 Kollegen aus dem Bereich Druck und Papier arbeitslos geworden. - Man kann darüber streiten, ob das alles Managementfehler waren, oder ob das Folgen von neuer Technik sind. Letztendlich steht fest, daß die neue Technik sehr wohl mitgespielt hat.

Man hat folgendes gemacht: In den Großbetrieben hat man Kollegen „umgesetzt“, zum Teil an die unmöglichsten Arbeitsplätze - man hat manchen sogar vorgeschlagen, sie sollten den Hof kehren. Ein anderes Mittel ist die „Ausalterung“, die auf Kosten der Sozialversicherung geht, also eine Sozialisierung von Kosten darstellt, die eigentlich die Betriebe zu zahlen hätten.

Betriebe, die vorher zugearbeitet hatten, meistens kleinere Betriebe, wurden ganz still und leise zugemacht. Oftmals hat kein Mensch Notiz davon genommen, weil diese Betriebe meistens schlecht organisiert waren. Das sind Folgen, die man gar nicht mitkriegt, weder übers Arbeitsamt noch über die Gewerkschaft; das alles geht leise, stillschweigend vor sich.

Hat sich denn nach Deiner Erfahrung bei den Gewerkschaften die Meinungsbildung über Rationalisierung geändert?

Hier in Köln ist das noch nicht sehr konkret diskutiert worden, obwohl absehbar ist, daß als nächstes der Repro-Bereich von der neuen Technik stärker erfaßt wird. Der filmlose Satz bedeutet auch das filmlose Bild. Man müßte eigentlich annehmen, daß in diesem Zusammenhang gelernt worden sei und die

Kollegen mobilisiert würden. Aber da offensichtlich niemand so recht weiß, wohin man überhaupt mobilisieren soll, läßt man die Sache laufen.

Was könnten die Gewerkschaften denn nach Deiner Meinung, vor dem Hintergrund Deiner Lebenserfahrung, tun? Hast Du eine Idee, wie die Gewerkschaften diesen Rationalisierungsprozeß steuern, ihm begegnen könnten?

Wir haben natürlich im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit im DGB diskutiert. Wir haben uns gefragt, was notwendige Schritte sind. Offiziell gibt es die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Bei diesem Thema sagen die gestandenen Funktionäre immer: „Ja, 35-Stunden-Woche schon, aber zunächst geht es um den Einstieg. Erst einmal 39 Stunden - und dann sehen wir weiter.“ Also, ein ähnlicher Prozeß wie früher von der 48- zur 45- und schließlich zur 40-Stunden-Woche. Ich fürchte, dadurch würde heute nur die Leistung für den einzelnen erhöht, ohne daß neue Leute eingestellt würden. Das Arbeitspensum würde wachsen. Deshalb meine ich, daß die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag kommen sollte. Und dabei können wir nicht stehen bleiben, weil die neue Technik immer weitere Bereiche erfaßt. Die Einführung der neuen Technik hat ja zur Folge, daß es unter vier Millionen Arbeitsplatzverlusten bis zum Jahre 2000 wohl nicht abgehen wird. Ich meine, daß die Konsequenz lauten muß: Arbeitszeit muß sich an das anpassen, was an Arbeitskraft angeboten wird, gleichgültig, wieviel Stunden dann in der Woche gearbeitet würden. Die Arbeitnehmer dürften dabei nicht allein finanziell belastet werden.

Darüber hinaus müßte die Arbeitszeitordnung gesetzlich neu geregelt werden. Überstunden dürften nicht mehr mit Geld, sondern müßten mit Freizeit abgeglichen werden. Andere Formen der Arbeitszeitverkürzung müßten durchgesetzt werden, wie z. B. Lebensarbeitszeitverkürzung.

Du sagst also, man muß die vorhandene Arbeit auf diejenigen verteilen, die Arbeit wollen und arbeiten können?

Deren soziale Sicherung muß natürlich gewährleistet sein. Das ist eine humane Forderung, eine Forderung an eine humane Gesellschaft. Da diese Gesellschaft sich selbst als eine humane, soziale bezeichnet, kann diese Forderung eigentlich nicht unrealistisch sein.

Alles, was mit der sozialen Sicherung zusammenhängt, ist bislang auf Wachstum programmiert. D. h.: Wenn jetzt nichts wächst, sondern reduziert wird, z. B. die Arbeitszeit, dann könnte eine schwierige Diskrepanz entstehen zu der Sozialversicherung. Müßte man vielleicht diese Kombination, Umverteilung der Arbeit auf der einen Seite und soziale Sicherung auf der anderen Seite, angehen und neu durchdenken?

In einer Diskussion, an der ich kürzlich teilnahm, hat der anwesende Arbeitgeber sich strikt gegen jede Form der Arbeitszeitverkürzung gewendet. Ihm schwebte vielmehr eine kapazitätsorientierte Arbeitszeitverteilung vor, bei der die Arbeitskräfte sozusagen j ederzeit abrufbar sind - also eine Arbeitszeitflexibilität individueller Art im Unternehmensbedarfs„sinne“.

Du bist nun seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Wie kommst Du mit dieser Situation zurecht und welche Perspektiven siehst Du für Dich?

Ich komme mit meiner Arbeitslosigkeit nur deshalb einigermaßen zurecht, weil ich nicht verheiratet bin, keine Kinder habe, keine teure Miete bezahlen muß, keine teuren Möbel besitze und kein Auto, weil ich nicht rauche. Deshalb komme ich leidlich über die Runden, leidlich.

Wie finanzierst Du Dein Leben zur Zeit?

Ich bekomme zur Zeit noch Arbeitslosengeld, der Antrag auf Arbeitslosenhilfe läuft aber bereits. Es wird sich noch herausstellen, ob ich Arbeitslosenhilfe bekomme. Ansonsten habe ich die Absicht umzuschulen. Der Antrag auf Umschulung an das Arbeitsamt liegt bereit.

Für Deinen gelernten Beruf als Schriftsetzer siehst Du keine Perspektive?

Überhaupt keine. Es kommt hinzu, daß ich mir vor vielen Jahren die Hand verletzt habe, so daß ich an den modernen Schreibgeräten nicht arbeiten kann. Auch wenn diese Verletzung nicht wäre, muß man sehen, daß heute schon Schreibmaschinen in die Wohnungen gestellt werden, an denen Frauen arbeiten. Mit ihrer Schreibgeschwindigkeit könnte ich nicht konkurrieren. Was die Gestaltungsaufgabe am Bildschirm angeht, so gibt es hierfür schon eine große Anzahl gut ausgebildeter Leute, zum Teil sogar mit akademischer Ausbildung.

Würdest Du uns bitte noch etwas zu Deiner persönlichen Betroffenheit durch die Arbeitslosigkeit sagen?

Betroffen macht mich insbesondere, daß das, was man in dreißig Lebensjahren an beruflicher Qualifikation entwickelt hat, einfach weg ist. Wenn ich mir, gerade durch die Gewerkschaftsarbeit, nicht auch andere Ziele gesteckt hätte, dann ginge es mir wohl so, wie es einer Reihe von Kollegen geht, die keinerlei anderes Engagement hatten. Die haben z. T. ein Häuschen gebaut mit dem Geld, das sie im Betrieb verdient haben. Das wurde ihnen dann auch noch zum Vorwurf gemacht. Diese Kollegen kommen mit dem Arbeitslosengeld nicht aus; sie wissen nicht, was sie tun sollen. Sie lassen sich dann umschulen und ge-

hen zu Betrieben, um sich vorzustellen. Oft fehlt ihnen für ihren neuen Beruf die Berufserfahrung, die vielfach vorausgesetzt wird. Wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz bekommen, sind sie dann allzuoft die ersten, die wieder entlassen werden. Für mich wird sich die Frage schärfer noch einmal dann stellen, wenn ich die angestrebte Umschulung beendet haben werde. Ich möchte Druckvorlagenhersteller werden. Mir ist schon heute klar, daß auch das irgendwann einmal von den neuen Maschinen übernommen wird, aber ich sehe das eher pragmatisch, kurzfristig und rechne nicht mehr in langen Zeiträumen. Ich glaube, eine langfristige Berufsplanung ist heute kaum noch möglich.

Du entwickelst also keine langfristige Berufs- und Lebensperspektive mehr?

Ich weiß ja, was technisch möglich ist und kommt. Von daher kann ich sagen, es wird noch viele erwischen, die jetzt nicht einmal im Traum daran denken. Wer heute etwa im Satz- und Druckbereich älter als dreißig Jahre ist und nicht in die neuen Techniken hineingewachsen ist, hat große Schwierigkeiten oder wird sie bekommen.

Sagst Du bitte noch etwas zu Deinen kurzfristigen Perspektiven?

Da ist zunächst einmal die Umschulung, dann wird man weitersehen. Ich habe davor insofern keine Angst, als ich das Problem einfach verdränge. Ich halte das für die Generalproblematik. Die Mehrzahl derer, mit denen ich gesprochen habe, die mit mir entlassen worden sind, stecken den Kopf einfach in den Sand. Sie wollen sich auch gar nicht auseinandersetzen. Sie geben zwar ihre Hilfslosigkeit zu, aber dabei bleibt es dann auch.

Was bedeutet diese Situation nach Deiner Meinung, wenn sie so viele erfaßt und wenn sie so lange dauert? Muß das nicht gesellschaftlich explosive Auswirkungen haben?

Ich möchte einmal so antworten: Die Unternehmer haben noch ein großartiges Bild von ihren Möglichkeiten. Ihre Identität ist ungebrochen. Sie sehen nicht die Notwendigkeit einer Veränderung, die sie mit einbeziehen würde. Die politischen Parteien, auch die SPD, gehen davon aus, daß die internationalen Zusammenhänge kein anderes Handeln - auch nicht für die Unternehmer - möglich machen. Die Gewerkschaften versuchen eine relative Selbständigkeit - auch von der SPD - zu gewinnen. Kritische Gewerkschafter können sich heute wieder stärker artikulieren. In diesem Zusammenhang werden auch immer wieder die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung genannt. Aber es wird nicht die Frage gestellt, ob der Gesamtzusammenhang - humane Gesellschaft als Anspruch und inhumane Folgen der neuen Technik - überdacht werden

muß, ob damit womöglich auch ein Gesellschaftszusammenhang zu überdenken ist.

In einer Diskussion hieß es: Die Arbeitslosen sind die Investitionen der Gewinne von gestern. Und als Schlußfolgerung daraus wurde gezogen: dann sind eben nicht genug Gewinne gemacht worden. Wenn *das* offizielles Denken ist und Wachstum der alleinige Maßstab, dann ist voraussehbar, daß die Rationalisierung immer mehr arbeitslos machen wird. Und das Ende vom Lied wird dann sein, daß die Arbeitslosen ohne jede Anbindung an diesen Staat sein werden. Ihnen wird dann gleichgültig sein, ob das eine soziale Marktwirtschaft ist oder eine Diktatur. Sie haben dann inhaltlich mit diesem Staat nichts mehr gemein. Das ist überhaupt ganz entscheidend: daß kein Bezug mehr zu den Dingen da ist, die diese Gesellschaft ausmachen. Ich weiß im Moment noch nicht, welche Konsequenzen - außer der schon genannten, zur Zeit gängigen Gleichgültigkeit - daraus erwachsen.

Da ich mich mit Fragen der Sozialisation von Arbeitnehmern beschäftigt habe, fürchte ich folgendes: Ein Mensch, der sich auf dem Rückzug befindet, greift zu „seidenen“ Fäden, die aus der menschlichen Urgeschichte stammen: Die Ausländerfeindlichkeit ist nur ein Beispiel dafür, wo die Schuldigen gesucht werden. Dazu gehört auch, daß man sich stärker abschließt, daß man festere Formen wünscht, zu denen man noch nicht Diktatur sagen kann. Ich fürchte, daß es dann nur auf den Zeitpunkt ankommt, zu dem jemand sagt: Jetzt erst recht. Wenn man nichts anderes mehr weiß, greift man nach diesem Strohalm, zumal er einem von innen her nicht fremd ist. Das, was der Mensch nicht mit dem Kopf lösen kann - sich sozial zu verhalten -, das geht in der Not bei vielen verloren. Wenn Demokratie und Freiheit nur den Besitzenden zukommen, während die angeblich Mündigen sich nur den Zwängen ausgesetzt sehen, die diese vorschreiben, dann kann es keine echte Bindung an die Demokratie geben. Wenn Freiheit nur noch zur Freiheit von Arbeit wird und wir dazu die wirkliche Not bekommen, dann kann man zu dieser Demokratie kein persönliches Verhältnis mehr entwickeln.

Kannst Du uns noch etwas zu dem gewerkschaftlichen Zusammenhang sagen, in dem Du zur Zeit arbeitest?

Auf Initiative einiger Gewerkschaften, zum Beispiel der GEW, wurde Anfang Januar eine Arbeitsloseninitiative beim DGB-Kreis Köln gegründet. Leider ist das nicht selbstverständlich, vielfach besteht noch die Vorstellung, daß die Arbeitslosen eher ein charitatives Problem seien. Auch hier in Köln hat es eine ganze Weile gedauert, bis der DGB offiziell versucht hat, etwas in die Wege zu leiten. Bei manchen Gewerkschaften ist das Interesse an dieser Arbeit nach

wie vor gering. Die IG Druck und Papier in Köln jedenfalls wird ihren Mitgliedern pro Monat einen zusätzlichen Beitrag von 5 Pfennig für die Arbeitslosenarbeit abverlangen; allerdings behält sie sich vor, diesen Schritt wieder rückgängig zu machen, wenn andere Gewerkschaften nicht nachziehen. Und es sieht nicht so aus, als ob insbesondere große Gewerkschaften auf diesem Wege folgen würden. Insgesamt muß man feststellen: die Ratlosigkeit ist groß. Und zwar wohl insbesondere deshalb, weil man nicht weiß, was man den Arbeitslosen anbieten soll. Immer wieder höre ich: „Wie und wohin wollen wir als Gewerkschaften denn die Arbeitslosen aktivieren? Wir können ihnen ja keine Arbeitsplätze beschaffen.“ Es wird vielfach nicht begriffen, daß Arbeitslose existentiell betroffen sind, daß sie mit ihrer Zeit oft nichts anzufangen wissen, nachdem der Inhalt ihres Lebens - jedenfalls in ihrem Bewußtsein -, die Arbeit, weg ist. Und die meisten Freizeitangebote reichen nicht aus, kosten zuviel Geld, so daß man auf das Zuhause angewiesen ist. Zu Hause aber waren die meisten Arbeitslosen bislang ohne Verpflichtungen. Jetzt kommen z.B. die Kinder mit ihren Forderungen nicht nur zur Mutter, sondern quängeln auch beim Vater. Das macht ihn nervös, aggressiv - das Familienleben wird außerordentlich schwierig. An diesem Punkt zeigt sich, daß die bisher vielfach als Ideal gepriesene Kleinfamilie völlig funktionsuntüchtig wird, wenn sie für längere Zeit ganz und gar auf sich zurückgeworfen ist. Jetzt müssen die Familienmitglieder miteinander reden, was sie bisher aber nicht getan und gekonnt hatten, meist, weil die Zeit dafür zu kurz war. Auf diesem Gebiet müßte etwas geschehen, hier müßte angesetzt werden, wenn wirklich etwas zum Positiven hin verändert werden sollte. Genau das wird allerdings nicht getan. Es wird versucht, diese Probleme nicht öffentlich zu machen und in der Öffentlichkeit, z. B. im Fernsehen, werden meist Einzelfälle von Alleinstehenden dargestellt. Tatsächlich geht der Auflösung der Gesellschaft die Auflösung der Familie voran.

Die Arbeitslosigkeit hat also nach Deiner Meinung die schlimmsten Auswirkungen auf die Familie?

Ja, es entsteht oft eine ganz erhebliche Spannung in der Familie, z.B. dann, wenn sowohl Mann und Frau und auch die erwachsenen Kinder arbeitslos sind. Dann sind ja alle ständig zu Hause und es entsteht sehr schnell das Bedürfnis, aus diesem engen Zusammensein herauszukommen. Aber wohin? Dann wird aus Verzweiflung mehr Alkohol getrunken oder ähnliches. Und es entsteht ein Teufelskreis.

Noch verheerender ist die Jugendarbeitslosigkeit. Jemand in meinem Alter ist noch auf die betrieblichen Hierarchien festgelegt und ausgerichtet worden, und wenn Arbeit genug da war, hatte man auch keine Zeit, irgendwelche Fra-

gen zu stellen. Man verinnerlichte einen Rhythmus: Pünktlich aufstehen, pünktlich zur Arbeit kommen, pünktlich Pausen machen. Das alles fällt weg, wenn Jugendliche nach der Schule gar nicht erst eine Ausbildungsstelle oder Arbeit bekommen. Und auch bei Arbeitslosen entfällt dieses Regulativ. Die meisten von ihnen haben vormittags nichts zu tun. Viele Jüngere sind dann bis spät nachts unterwegs. Und viele Arbeitslose nehmen sich von selbst aus dem sozialen Zusammenhang, aus dem sie vorher waren heraus - aus Angst, scheel angesehen zu werden. Hinzu kommt, daß die meisten Wohnungen so gebaut und so gelegen sind, daß man sich dort kaum entfalten kann. Wer etwa zwei Tage bohrt oder sägt, der hat das ganze Mietshaus gegen sich. Also kann die Zeit auch nicht mit Hobbies ausgefüllt werden - es sei denn: mit Brief markensammeln.

Alles in allem: Es ist schlimm, was man heute - nur um kostengünstig zu produzieren - den 2,5 Millionen Menschen und ihren Angehörigen zumutet. Jugendliche, die nach der Schule keine Arbeit bekommen, werden weder für den Betrieb noch für die Gesellschaft sozialisiert. Wenn sie dann vielleicht mit 18 oder 20 Jahren „eingepaßt“ werden sollen, wird es große Schwierigkeiten geben. Sie werden sich zwar wahrscheinlich anpassen, aber sie werden hohe Fehlzeiten haben, weil sie, wenn man es einmal boshaft ausdrücken will, nicht gelernt haben werden, Belastungen zu ertragen. Das wird ein Problem für den Staat werden. Man sieht weit und breit keine alternative Möglichkeit.